

Das Ende der Dynastie Fortsetzung von S. 45

Regisseurs ebenso verhindern wie die Anschaffung von 2000 VR-Brillen für die *Parisfal*-Inszenierung 2023. Letzteres hat natürlich wieder niemand gesagt.

»Der Betrieb in Bayreuth wird durch die Politik gelähmt«, sagt ein Mann vom Fach. »Selbst wenn man mich dort morgen zum Intendanten machte: Mein Handlungsspielraum wäre sehr begrenzt.« Ein anderer plädiert dringend für eine »Vereinfachung der Strukturen«. Politiker, Juristen und hohe Beamte, die mit den Festspielen zu tun haben, erfahren in den Sitzungen oft zum ersten Mal in ihrem Leben von den Erfordernissen und Zwängen eines Opernbetriebs. Hinzu kommt: Würde Katharina Wagner

mit dem *Nordbayerischen Kurier* wenige Tage nach unserem Besuch führt sie auf die Frage, wer diesen Sommer einspringe, wenn mal ein Dirigent ausfalle, den Hängel-Debitanten Cornelius Meister (*Tristan*) an – nicht Thielemann (*Lohengrin*). Ist das ihre Strategie, gestern hui, morgen pfui? »In Bayreuth geht es immer nur um einen Wagner«, erklärt Thielemann, »und der heißt Richard.«

Insgesamt fällt Katharina Wagners künstlerische Bilanz besser aus, als man denkt. Zwar ist ihr für den neuen *Ring* gerade der *Wotan* abgesprungen, schon zum zweiten Mal und generell liegt ihr Augenmerk mehr auf Regie und Bühnenbild als auf der Musik, aber sie kann auch Erfolge vorweisen: den *Castorf-Ring* 2013, Barrie Koskys *Meistersinger*, Tobias Kratzers munteren *Tannhäuser*. Und mit Oksana Lyniv dirigierte 2021 die erste Frau auf dem Grünen Hügel. Ist die letzte Wagner den Gremien vielleicht einfach zu progressiv? Oder traut man ihr persönlich nicht über den Weg?

Solange Angela Merkel Bundeskanzlerin war, heißt es, habe es eine Art Schutzschild für die Festspiele gegeben. Das Kanzlerinnen-Ehepaar als bekennende Wagnerianer, dazu die Büronachbarschaft von Merkel und der damaligen Staatsministerin für Kultur, Monika Grütters, das verhielt Stabilität. Selbst Grütters' eigenmächtiger Vorstoß, an der Spitze der Festspiele ein Leitungsteam zu installieren, versandete letztlich. Ob Claudia Roth, Grütters' Nachfolgerin, die Idee weiterverfolgen wird, Katharina einen Co-Intendanten an die Seite zu stellen? Die Satzung müsse überarbeitet, das Verhältnis von Stiftung und GmbH neu austariert werden, lässt Roth schriftlich mitteilen. Auch bei der Publikumsstruktur, in der sie »kein Abbild unserer vielfältigen, bunten Gesellschaft« erkenne, sieht sie »Nachholbedarf«. Und was Katharina Wagners Vertragsverlängerung betrifft, so habe man mit ihr und im Kreis der Gesellschafter ein Verfahren vereinbart, »das rechtzeitig allen Klarheit bringt«.

Das sagt alles und nichts. Bayerns Ministerialdirigentin Angelika Kaus hält sich sogar noch bedeckter, und Katharina Wagner selbst beantwortet die Frage, ob sie verlängern wolle und um welchen Preis, mit einem sibyllinischen »Schau mal«.

Sie hätte allerdings auch einfach »Ja« sagen können und »um jeden Preis«. Diesen Eindruck zumindest hinterlässt sie im Gärtchen. Der Verwaltungsrat mag ihr das Leben schwer machen – sie nimmt es hin. Nimmt hin, dass ihr ein kaufmännischer Geschäftsführer nach dem anderen kredenz wird, deren Präsenz sie (wie man aus anderer Quelle hört) eher als Last denn als Entlastung empfindet. Nimmt sogar hin, dass sie nicht weiß, wie viel Geld für das Jubiläumsprogramm 2026 zur Verfügung stehen wird. Angeblich hat sie noch nicht einmal das Okay des Verwaltungsrats, um mit der Planung zu beginnen – trotz der in der Opernwelt nororisch langen Vorläufe.

Lieber keinen Ärger riskieren also und den Druck an die Belegschaft weitergeben: Geht so erfolgreiches Management? Anders gefragt: Hat Katharina Wagner sich mit den Verwaltungsrätinnen und -räten jemals angelegt, einen Konflikt auf die Spitze getrieben, mit Weggang droht? Vielleicht hat sie als junge Frau und einzige Intendantin eines international relevanten Opernbetriebs auf maskulin konnotiertes Machtgedingel keine Lust. Vielleicht will sie die Gesellschafter aber auch nicht auf dumme Gedanken bringen – denn wohin sollte sie gehen, wenn sie ging?



Abore perferati te odit quasper sperudit quasper sperudit quasper speru

Sie »beobachte« das Festspielhaus seit 44 Jahren, sagt Katharina Wagner, »da hat man einfach eine gewisse Erfahrung«. Ein solches Pfund gibt man nicht leichtfertig aus der Hand. Das sehen die Gremien ähnlich. Selbst wenn sie einen miserablen Job machte, würde sie kaum hinausgeworfen werden, sagt ein ehemaliges Mitglied des Verwaltungsrats. Die letzte Wagner vom Grünen Hügel zu jagen – dafür wolle niemand die Verantwortung tragen. Ein Plädoyer für die Qualitäten der amtierenden Festspielleiterin klingt anders. Und es fele den Angehörigen der Gremien ja leicht, sich lobend zu äußern, notfalls auch hinter vorgehaltener Hand. Stattdessen: Schweigen, mal mehr, mal weniger bededt. Schon die vorherige Vertragsverlängerung war kein Selbstläufer, ist zu erfahren. Die Frage, wer künftig die Bayreuther Festspiele leiten soll, war noch nie so offen wie heute. Seit 146 Jahren nicht.

Am Ende nimmt Katharina Wagner uns mit in die Probe, auf der Bühne ist der erste Aufzug der *Walküre* aufgebaut. Klaus Florian Vogt als Siegmund hockt auf dem Stamm der Weltesche, die offenbar durch ein Küchenfenster gekracht ist. Lise Davidsen ist Sieglinde und schwang und schleppt eine schwarze Kiste mit sich herum, in der eine weiß leuchtende Plastikpyramide steckt. Der Stein der Weisen? Der Ring des Nibelungen? Ein Wagnersches Leitmotiv? »Das erklärst du mir noch mal, das was ist«, ruft Katharina Wagner dem 33-jährigen Regisseur Valentin Schwarz launig zu, »damit ich nichts Falsches sage, wenn ich gefragt werde.« Und schon bugsiert sie uns wieder hinaus, winkt noch ein paar Bühnenarbeitern zu und zieht sich im Sonnenschein erleichtert die FFP2-Maske vom Gesicht.

## Ein Appell

von

Jakob Augstein (Publizist), Richard A. Falk (Professor für Völkerrecht), Senja Flaßpöhler (Philosophin), Thomas Glauben (Professor für Agrarökonomie), Josef Haslinger (Schriftsteller), Elisa Hauen (Professorin für Strafrecht), Alexander Kluge (Filmemacher und Autor), Christoph Menke (Professor für Philosophie), Wolfgang Merkel (Professor für Politikwissenschaft), Julian Nida-Rümelin (Philosoph), Robert Pfaller (Philosoph), Richard D. Precht (Philosoph), Jeffrey Sachs (Professor für Ökonomie), Michael von der Schulenburg (ehemaliger UN-Diplomat), Edgar Selge (Schauspieler), Ilja Trojanow (Schriftsteller), Erich Vad (General a. D., ehemaliger Militärberater von Angela Merkel), Johannes Varwick (Professor für internationale Politik), Harald Welzer (Sozialpsychologe), Ranga Yogeshwar (Wissenschaftsjournalist), Juli Zeh (Schriftstellerin)

# Waffenstillstand jetzt!

Verhandlungen so schnell wie möglich

Europa steht vor der Aufgabe, den Frieden auf dem Kontinent wiederherzustellen und ihn langfristig zu sichern. Dazu bedarf es der Entwicklung einer Strategie zur möglichst raschen Beendigung des Krieges.

Die Ukraine hat sich unter anderem dank massiver Wirtschafts-sanktionen und militärischer Unterstützungsleistungen aus Europa und den USA bislang gegen den brutalen russischen Angriffskrieg verteidigen können. Je länger die Maßnahmen fortdauern, desto unklarer wird allerdings, welches Kriegsziel mit ihnen verbunden ist. Ein Sieg der Ukraine mit der Rückeroberung aller besetzten Gebiete einschließlich der Oblaste Donezk und Luhansk und der Krim gilt unter Militärexperten als unrealistisch, da Russland militärisch überlegen ist und die Fähigkeit zur weiteren militärischen Eskalation besitzt.

Die westlichen Länder, die die Ukraine militärisch unterstützen, müssen sich deshalb fragen, welches Ziel sie genau verfolgen und ob (und wie lange) Waffenlieferungen weiterhin der richtige Weg sind. Die Fortführung des Krieges mit dem Ziel eines vollständigen Sieges der Ukraine über Russland bedeutet Tausende weitere Kriegsgesopfe, die für ein Ziel sterben, das nicht realistisch zu sein scheint.

Die Folgen des Krieges sind zudem nicht mehr auf die Ukraine begrenzt. Seine Fortführung verursacht massive humanitäre, ökonomische und ökologische Notlagen auf der ganzen Welt. In Afrika droht eine Hungerkatastrophe, die Millionen von Menschenleben kosten kann. Rasant gestiegene Preise, Energie- und Nahrungsmangel haben in vielen Ländern bereits zu Unruhen geführt. Auch die Düngemittelknappheit wird sich, wenn der Krieg über den Herbst hinaus fortdauert, global auswirken. Es ist mit hohen Opferzahlen und einer Destabilisierung der globalen Lage zu rechnen. Auch auf internationaler politischer Ebene (G7, UN) werden diese drohenden dramatischen Folgen thematisiert.

Der Westen muss sich Russlands Aggression in der Ukraine und weiteren revanchistischen Ansprüchen geentgegenstellen. Doch ein Fortdauern des Kriegs in der Ukraine ist nicht die Lösung des Problems. Die aktuellen Entwicklungen um den Bahnstransit in die russische Exklave Kaliningrad sowie Putins Ankündigung, atomwaffenfähige Raketenysteme an Belarus zu liefern, zeigen, dass die Eskalationsgefahr zunimmt. Der Westen muss alles daran setzen, dass die Parteien zu einer zeitnahen Verhandlungslösung kommen. Sie allein kann einen jahrelangen Abnutzungskrieg mit seinen fatalen lokalen und globalen Folgen sowie eine militärische Eskalation, die bis hin zum Einsatz nuklearer Waffen gehen kann, verhindern.

Verhandlungen bedeuten nicht, wie manchmal angenommen wird, der Ukraine

eine Kapitulation zu diktieren. Einen Diktatfrieden Putins darf es nicht geben. Verhandlungen bedeuten auch nicht, etwas über den Kopf der Beteiligten hinweg zu entscheiden. Die internationale Gemeinschaft muss vielmehr alles dafür tun, Bedingungen zu schaffen, unter denen Verhandlungen überhaupt möglich sind. Dazu gehört die Bekundung, dass die westlichen Akteure kein Interesse an einer Fortführung des Krieges haben und ihre Strategien entsprechend anpassen werden.

Zu gehört auch die Bereitschaft, die Bedingungen einer Waffenruhe sowie die Ergebnisse von Friedensverhandlungen international abzusichern, was hohes Engagement erfordert kann. Je länger der Krieg andauert, desto mehr internationaler Druck ist erforderlich, um zu Verhandlungsbereitschaft beider Seiten zurückzuführen. Der Westen muss sich nach Kräften bemühen, auf die Regierungen Russlands und der Ukraine einzuwirken, die Kampfhandlungen auszusetzen. Wirtschaftliche Sanktionen und militärische Unterstützung müssen in eine politische Strategie eingebunden werden, die auf schrittweise Deeskalation bis hin zum Erreichen einer Waffenruhe gerichtet ist.

Bislang ist kein konzertierter Vorstoß der internationalen Gemeinschaft, insbesondere der großen westlichen Akteure erfolgt, um Verhandlungen auf den Weg zu bringen. Solange dies nicht der Fall ist, kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine Verständigung unmöglich ist und insbesondere Putin nicht verhandeln will. Dass Kriegsparteien Maximalforderungen stellen oder Friedensgespräche ausdrücklich ablehnen, ist kein ungewöhnlicher Ausgangspunkt in festgefahrenen Konflikten. Der bisherige Verlauf der Verhandlungsversuche zeigt eine anfängliche Verständigungsbereitschaft beider Seiten unter Annäherung der Zielvorstellungen. Nur eine diplomatische Großoffensive kann aus der momentanen Sackgasse herausführen.

Die Aufnahme von Verhandlungen ist keine Rechtfertigung von Kriegsverbrechen. Wir teilen den Wunsch nach Gerechtigkeit. Verhandlungen sind indes ein notwendiges Mittel, um Leid vor Ort und Kriegsverbrechen auf der ganzen Welt zu verhindern. Angesichts drohender humanitärer Katastrophen sowie des manifesten Eskalationsrisikos muss der Ausgangspunkt für die Wiederherstellung von Stabilität schnellstmöglich gefunden werden. Nur eine Aussetzung der Kampfhandlungen schafft die dafür notwendige Zeit und Gelegenheit. Die Bedeutung des Ziels verlangt, dass wir uns dieser Herausforderung stellen und alles tun, damit ein baldiger Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen möglich werden – und alles unterlassen, was diesem Ziel entgegensteht.